



An den Vorsitzenden der
Stadtverordnetenversammlung Breuberg

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Breuberg, 18.04.2025

Mehr Mitbestimmung, mehr Zusammenhalt, mehr bewegen!

Sehr geehrter Herr Böhm,

bitte nehmen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:

Die Versammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung und ihre Ausschüsse informieren und beraten sich ausführlich über die Möglichkeiten die Breuburger Bürger*innen stärker in politische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse vor Ort einzubinden. Verschiedene (Förder-)Angebote für mehr Bürgerbeteiligung, Teilhabe und Stärkung der Demokratie vor Ort sollen geprüft und gegeben falls beantragt bzw. genutzt werden.

Begründung:

In den Medien, im Gasthaus, am Gartenzaun und auch in der Kommunalpolitik: überall ist die Rede „von der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft“. Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und weltweit sinkt die Zufriedenheit mit der Demokratie und die staatliche Handlungsfähigkeit wird von immer mehr Menschen infrage gestellt. Mehr Bürger*innen fühlen sich abgehängt, überfordert und von Entscheidungsträger*innen mit ihren Anliegen nicht gehört. Bei den letzten Bundestagswahlen hat mit der AfD eine Partei die größten Stimm-Zugewinne erreicht, die demokratische Rechte abbauen will und ein gleichberechtigtes Miteinander aller Bürger*innen ablehnt. Eine zunehmende Polarisierung und schwindendes Vertrauen in politische Repräsentant*innen und staatliche Institutionen bekommen verstärkt auch kommunalpolitisch Engagierte zu spüren. In den Kommunen stehen wir vor der Aufgabe gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen und Umbrüche von Klimakrise bis hin zum demografischen Wandel vor Ort zu gestalten, während die kommunalen Haushalte klamm sind und die Pflichtaufgaben wachsen. Der Sachverständigen Rat der Bundesregierung für ländliche Entwicklung schreibt dazu: „Handlungsfähige Kommunen können einer Entfremdung der Bürger*innen von staatlichen Institutionen und den vor allem von Rechtspopulist*innen bedienten Narrativen des Abgehängtseins entgegenwirken, weil viele Aufgaben der Daseinsvorsorge in ihren Zuständigkeitsbereich fallen und sie damit von zentraler Bedeutung für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind“ und fordert eine bessere Finanzierung für die Kommunen.

Während wir auf eine bessere Finanzausstattung unserer Kommune durch Bund und Land erstmal keinen direkten Einfluss haben, können wir eine andere Empfehlung des Sachverständigen Rats beherzigen: den Zusammenhalt vor Ort zu stärken indem Gestaltungs- und Teilhabeprozesse für die Bevölkerung ausgebaut werden.

Die Mitbestimmung und Teilhabe an der Entstehung politischer Entscheidungen, die in der Gemeinde wie nirgends sonst, oft eine unmittelbare Wirkung auf den Alltag und die Lebensrealität der Bürger*innen entfalten, muss sich nicht auf den Gang zur Wahlurne alle fünf Jahre beschränken.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Teilhabe aller Bürger*innen zu stärken, können wir gerade auf der kommunalen Ebene viel bewirken. Ehrenamtlichen bleibt oftmals nicht die Zeit sich bei wichtigen Entscheidungen nochmal mit Bürger*innen auszutauschen und ein umfassendes Bild darüber zu gewinnen, wie ein Thema von verschiedenen Gruppen in der Gemeinde bewertet wird. Aus unserer Sicht ist es jedoch gerade in Zeiten begrenzter finanzieller Ressourcen und den damit einhergehenden beschränkten Handlungsmöglichkeiten als Entscheidungsträger*innen für unsere Stadt entscheidend, Prioritäten im direkten Austausch mit den Bürger*innen zu setzen und gemeinsam tragfähige Perspektiven für die Zukunft unserer Stadt zu entwerfen. Stadtverordnete und Verwaltungsmitarbeitende erleben immer öfter, dass Bürger*innen bei vielen Themen stärker eingebunden werden wollen. Zwar gelingt es Einigen bereits erfolgreich, sich mit ihren Anliegen Gehör zu verschaffen (Beispiel Windpark auf Breuberger Gemarkung), allerdings gehört es auch zu den Aufgaben der Gemeindevertreter*innen die Bedarfe und Bedürfnisse von allen Bürger*innen zu berücksichtigen, auch von Mitbürger*innen denen es bisher nicht gelingt ihrer Stimme Gewicht zu verleihen oder die die Kommunalpolitik gar nicht (mehr) als Ansprechpartner für ihre Belange betrachten. Glücklicherweise gibt es mittlerweile eine ganze Reihe an Förder- und Unterstützungsangeboten für Kommunen, die mehr Bürgerbeteiligung, Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen wollen. Wir wollen, dass sich alle politischen Gremien in Breuberg mit den Möglichkeiten einer verbesserten Einbindung von Bürger*innen in politische Entscheidungsprozesse sowie Gestaltungs- und Teilhabemöglichkeiten für die Bevölkerung auseinandersetzen. Nur so können wir eine gemeinsame Vision von Breuberg als zukunftsfähige Stadt mit einer aktiven Zivilgesellschaft entwickeln.

Ein Beispiel für ein solches Angebot ist die ‚Dorfmoderation‘. Das ist ein Förderprogramm des Landes Hessen: Gefördert werden Moderations- und Beratungsdienstleistungen sowie die Erstellung von Konzepten, um kommunale Veränderungsprozesse mitwirkend zu unterstützen. Die Dorfmoderation kann sich sowohl mit gesamtkommunalen Fragestellungen als auch mit einzelnen Themenfeldern oder Problemlagen befassen.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN